

RS Vwgh 2000/5/24 99/12/0261

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 24.05.2000

Index

63/06 Dienstrechtsverfahren

91/02 Post

Norm

DVG 1984 §2 Abs6;

PTSG 1996 §17 Abs1a idF 1999/I/161;

PTSG 1996 §17 Abs8 Z2 idF 1999/I/161;

Beachte

Miterledigung (miterledigt bzw zur gemeinsamen Entscheidung verbunden): 99/12/0335

Rechtssatz

Ist der Beamte vor Inkrafttreten des Bundesgesetzes BGBl I Nr 161/1999 aus dem Dienststand ausgeschieden, so ist er dem Personenkreis nach § 17 Abs 8 Z 2 PTSG 1996 idF BGBl I Nr 161/1999 zuzurechnen, für den nunmehr das beim Vorstand der Österreichischen Post AG eingerichtete Personalamt oberste Pensionsbehörde ist. Bei den im Beschwerdefall strittigen Dienstrechtsangelegenheiten (Ruhestandsversetzung und Zurechnung von Zeiträumen zur ruhegenussfähigen Bundesdienstzeit sowie vorzeitige Beendigung des Karenzurlaubes) handelt es sich aber im Sinne des § 2 Abs 6 DVG 1984 um solche, die aus Tatsachen herrühren, die vor dem Ausscheiden aus dem Dienstverhältnis oder aus dem Dienststand eingetreten sind. Dem Willen des Gesetzgebers ist im vorliegenden Fall am ehesten dadurch zu entsprechen, wenn die Dienstrechtsangelegenheiten, die aus Tatsachen herrühren, die vor dem Ausscheiden aus dem Dienstverhältnis oder aus dem Dienststand eingetreten sind, von dem Personalamt wahrgenommen werden, in dessen Wirkungsbereich der Arbeitsplatz des Beamten im Sinne des § 17 Abs 1a PTSG 1996 idF BGBl I Nr 161/1999 zugeordnet worden ist bzw zuzuordnen gewesen wäre.

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:2000:1999120261.X01

Im RIS seit

03.04.2001

Quelle: Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at